

Prüfungsordnung für den Studiengang Bachelor of Arts (B.A.) der Philologischen Fakultät, der Philosophischen Fakultät und der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät

Aufgrund von § 34 Absatz 1 Satz 3 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 hat der Senat der Universität Freiburg am 21. September 2005 die nachstehende Prüfungsordnung für den Studiengang Bachelor of Arts (B.A.) beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 29. September 2005 erteilt.

Die vorliegende Prüfungsordnung bezieht sich auf den Studiengang Bachelor of Arts (B.A.) der Philologischen Fakultät, der Philosophischen Fakultät und der verhaltenswissenschaftlichen Fächer der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Struktur des B.A.-Studienganges

- (1) Der Studiengang Bachelor of Arts (im Folgenden: B.A.-Studiengang) gliedert sich in Hauptfach, Nebenfach und den Bereich Berufsfeldorientierte Kompetenzen (BOK).
- (2) Der B.A.-Studiengang ist modular aufgebaut. In den fachspezifischen Bestimmungen (Anlagen B, C und D dieser Prüfungsordnung) werden Art, Umfang und Inhalt der zu belegenden Module festgelegt.
- (3) Im B.A.-Studiengang wird das European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) angewendet, d.h. allen Komponenten des Studiums sind ECTS-Punkte zugewiesen, deren jeweilige Anzahl sich nach dem voraussichtlich erforderlichen Arbeitsaufwand (workload) der Studierenden richtet.
- (4) Der B.A.-Studiengang ist mit einem studienbegleitenden Prüfungssystem verbunden.
- (5) Der Studienumfang entspricht in der Regel 180 ECTS-Punkten, von denen in der Regel 120 ECTS-Punkte auf das Hauptfach entfallen. Auf das Nebenfach und den Bereich Berufsfeldorientierte Kompetenzen entfallen in der Regel insgesamt 60 ECTS-Punkte, von denen mindestens 30 ECTS-Punkte im Nebenfach und mindestens 20 ECTS-Punkte im Bereich Berufsfeldorientierte Kompetenzen zu erwerben sind.
- (6) Die Regelstudienzeit bis zum Erwerb des akademischen Grades beträgt einschließlich aller zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen sechs Semester. In den fachspezifischen Bestimmungen dieser Prüfungsordnung sind die Studieninhalte so auszuweisen und zu begrenzen, dass das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann.
- (7) In den fachspezifischen Bestimmungen kann vorgesehen werden, dass der bzw. die Studierende eine dem Studienziel dienende praktische Tätigkeit ableisten muss.

§ 2 Graduierung

Aufgrund der bestandenen Bachelor of Arts-Prüfung (im Folgenden: B.A.-Prüfung) wird der akademische Grad "Bachelor of Arts" (abgekürzt "B.A.") verliehen.

§ 3 Fächer, Fächerkombinationen, Berufsfeldorientierte Kompetenzen

- (1) Die als Haupt- und/oder Nebenfach wählbaren Fächer sowie die zugelassenen Kombinationen ergeben sich aus Anlage A, die Bestandteil dieser Prüfungsordnung ist.
- (2) Die im Bereich Berufsfeldorientierte Kompetenzen (BOK) wählbaren Module ergeben sich aus Anlage D, die Bestandteil dieser Prüfungsordnung ist.

§ 4 Zuständige Organe

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben sind folgende Organe zuständig:

1. die Gemeinsame Kommission der Philologischen, der Philosophischen und der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät (im Folgenden: Gemeinsame Kommission),
2. der Prüfungsausschuss.

Die verwaltungsmäßige Abwicklung der B.A.-Prüfungen erfolgt durch das Prüfungsamt der Gemeinsamen Kommission.

(2) Die Gemeinsame Kommission entscheidet in allen Fällen, die der Prüfungsausschuss an sie verweist.

(3) Dem Prüfungsausschuss gehören vier beamtete Professoren oder Professorinnen, ein weiterer Professor oder Hochschul- oder Privatdozent bzw. eine weitere Professorin oder Hochschul- oder Privatdozentin, ein Vertreter oder eine Vertreterin des Wissenschaftlichen Dienstes sowie eine Studierende oder ein Studierender mit beratender Stimme an. Die Professoren bzw. Professorinnen, Hochschul- und Privatdozenten bzw. -dozentinnen und der bzw. die Vertreter/in des Wissenschaftlichen Dienstes sowie deren Stellvertreter/innen werden von der Gemeinsamen Kommission für die Dauer von drei Jahren, der bzw. die Studierende und dessen bzw. deren Stellvertreter/in für ein Jahr gewählt; Wiederwahl ist möglich. Einer der beamteten Professoren bzw. eine der beamteten Professorinnen wird zum bzw. zur Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt.

(4) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet der Gemeinsamen Kommission regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten, legt die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten offen und gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung.

(5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er kann ihm zugewiesene Aufgaben dem bzw. der Vorsitzenden übertragen.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den bzw. die Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Belastende Entscheidungen sind dem bzw. der Studierenden schriftlich mitzuteilen. Sie sind zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

(9) Widersprüche gegen Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind innerhalb eines Monats nach Zugang der Entscheidung schriftlich oder zur Niederschrift an den Prüfungsausschuss zu richten. Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, ist er zur Entscheidung dem für die Lehre zuständigen Mitglied des Rektorats vorzulegen.

§ 5 Prüferinnen und Prüfer

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die fachlich zuständigen Prüfer und Prüferinnen.

(2) Zur Begutachtung und Bewertung von B.A.-Arbeiten sind Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und -professorinnen, Hochschul- und Privatdozenten und -dozentinnen sowie diejenigen wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen befugt, denen die Prüfungsbefugnis übertragen wurde.

(3) Soweit die fachspezifischen Bestimmungen nichts anderes regeln, kann der bzw. die Studierende Prüferinnen und Prüfer für die B.A.-Arbeit vorschlagen. Ein Rechtsanspruch auf die Bestellung eines bestimmten Prüfers oder einer bestimmten Prüferin besteht nicht.

(4) Die studienbegleitenden Prüfungen werden von dem Leiter bzw. der Leiterin der jeweiligen Lehrveranstaltung abgenommen und bewertet.

§ 6 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen eines B.A.-Studienganges oder eines anderen Studienganges werden als solche anerkannt, soweit sie gleichwertig sind. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denen des entsprechenden Faches im B.A.-Studiengang der Universität Freiburg im Wesentlichen entsprechen. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.

(2) Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(3) Für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien, staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien und Fachhochschulen sowie an Fach- und Ingenieurschulen und Offiziershochschulen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gilt Absatz 1 entsprechend.

(4) Die Anerkennung von Teilen der B.A.-Prüfung kann versagt werden, wenn

- in einem Fach mehr als die Hälfte aller studienbegleitenden Prüfungsleistungen und/oder
- in einem Fach mehr als die Hälfte der erforderlichen ECTS-Punkte und/oder
- die B.A.-Arbeit

anerkannt werden soll/en.

(5) Die Anerkennung von Studienzeiten und/oder Studienleistungen und/oder Prüfungsleistungen ist zu versagen, wenn der bzw. die Studierende im B.A.-Studiengang eine studienbegleitende Prüfung, die Orientierungsprüfung, die Zwischenprüfung oder die B.A.-Prüfung in den gewünschten Fächern endgültig nicht bestanden hat oder den Prüfungsanspruch verloren hat oder sich in einem laufenden B.A.-Prüfungsverfahren befindet.

(6) Werden Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, zu übernehmen und in die Berechnung der Modulnoten und der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Zeugnis bzw. in der Leistungsübersicht ist zulässig.

(7) Die Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Der bzw. die Studierende hat die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

Studienortwechsler bzw. -wechslerinnen und Quereinsteiger bzw. -einsteigerinnen müssen im Rahmen des Anerkennungsverfahrens eine Erklärung darüber vorlegen, ob sie in den gewünschten Fächern des B.A.-Studienganges eine studienbegleitende Prüfung, die Orientierungsprüfung, Zwischenprüfung oder die B.A.-Prüfung einmal oder endgültig nicht bestanden haben oder den Prüfungsanspruch verloren haben oder sich in einem laufenden B.A.-Prüfungsverfahren befinden.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen von Absatz 1 bis 3 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung.

(8) Entscheidungen nach Absatz 1 bis 7 trifft der Prüfungsausschuss im Zusammenwirken mit den jeweiligen Fachvertreterinnen und Fachvertretern und der zuständigen Fakultät.

II. Prüfungen im B.A.-Studiengang

A. Orientierungsprüfung

§ 7 Zweck der Orientierungsprüfung

Der bzw. die Studierende hat in der Orientierungsprüfung nachzuweisen, dass er bzw. sie sich in seinen bzw. ihren Studienfächern grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten angeeignet hat und somit für die von ihm bzw. ihr gewählten Fächer grundsätzlich geeignet ist.

§ 8 Umfang und Art der Orientierungsprüfung

(1) Die Orientierungsprüfung wird im Haupt- und im Nebenfach studienbegleitend durchgeführt.

(2) Die Zulassungsvoraussetzungen, Inhalt und Umfang der studienbegleitenden Prüfungen sowie ggf. erforderliche Ergänzungsleistungen ergeben sich für jedes Fach aus den fachspezifischen Bestimmungen dieser Prüfungsordnung.

(3) Die Orientierungsprüfung ist bestanden, wenn alle erforderlichen studienbegleitenden Prüfungen bestanden sind und die Ergänzungsleistungen erfolgreich erbracht wurden.

(4) Die Orientierungsprüfungsleistungen sind zugleich Bestandteil der studienbegleitenden Prüfungen der B.A.-Prüfung.

§ 9 Zeitpunkt der Orientierungsprüfung

Die gemäß § 8 Abs. 2 für die Orientierungsprüfung erforderlichen Leistungen sind bis zum Beginn der Vorlesungszeit des 3. Fachsemesters zu erbringen. Werden sie nicht spätestens bis zum Beginn der Vorlesungszeit des 4. Fachsemesters erbracht, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die bzw. der Studierende hat die Überschreitung dieser Frist nicht zu vertreten. Hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der bzw. des Studierenden.

§ 10 Orientierungsprüfungsbescheinigung

Ist die Orientierungsprüfung bestanden, stellt der Prüfungsausschuss auf Antrag der bzw. des Studierenden unter dem Datum der letzten Prüfungsleistung bzw. Ergänzungsleistung eine Bescheinigung über die erfolgreich absolvierte Orientierungsprüfung aus. Die Bescheinigung wird mit dem Dienstsiegel der Gemeinsamen Kommission versehen und ist von dem bzw. der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

B. Zwischenprüfung

§ 11 Zweck der Zwischenprüfung

Der bzw. die Studierende hat in der Zwischenprüfung nachzuweisen, dass er bzw. sie die für eine erfolgreiche Weiterführung des Studiums notwendigen fachlichen und methodischen Grundlagen sowie die ggf. erforderlichen Sprachkenntnisse erworben hat.

§ 12 Umfang und Art der Zwischenprüfung

(1) Die Zwischenprüfung wird im Haupt- und im Nebenfach studienbegleitend durchgeführt.

(2) Die Zulassungsvoraussetzungen, Inhalt und Umfang der studienbegleitenden Prüfungen sowie ggf. erforderliche Ergänzungsleistungen ergeben sich für jedes Fach aus den fachspezifischen Bestimmungen dieser Prüfungsordnung.

(3) Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn alle erforderlichen studienbegleitenden Prüfungen bestanden sind und die Ergänzungsleistungen erfolgreich erbracht wurden.

(4) Die Zwischenprüfungsleistungen sind zugleich Bestandteil der studienbegleitenden Prüfungen der B.A.-Prüfung.

§ 13 Zeitpunkt der Zwischenprüfung

Die gemäß § 12 Abs. 2 für die Zwischenprüfung erforderlichen Leistungen sind bis zum Beginn der Vorlesungszeit des 5. Fachsemesters zu erbringen. Werden sie nicht spätestens bis zum Beginn der Vorlesungszeit des 7. Fachsemesters erbracht, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die bzw. der Studierende hat die Überschreitung dieser Frist nicht zu vertreten. Hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der bzw. des Studierenden.

§ 14 Zwischenprüfungsbescheinigung

Ist die Orientierungsprüfung in einem Fach erfolgreich abgelegt und die Zwischenprüfung bestanden, stellt der Prüfungsausschuss auf Antrag der bzw. des Studierenden unter dem Datum der letzten Prüfungsleistung bzw. Ergänzungsleistung eine Bescheinigung über die erfolgreich absolvierte Zwischenprüfung aus. Die Bescheinigung wird mit dem Dienstsiegel der Gemeinsamen Kommission versehen und ist von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

C. B.A.-Prüfung

§ 15 Zweck der Prüfung

Durch die B.A.-Prüfung soll festgestellt werden, ob der bzw. die Studierende die im Studium vermittelten Fachkenntnisse erworben hat, die Zusammenhänge seiner bzw. ihrer Fächer überblickt und wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anwenden kann.

§ 16 Umfang und Art der B.A.-Prüfung

Die B.A.-Prüfung besteht aus studienbegleitenden Prüfungen im Hauptfach und im Nebenfach und einer B.A.-Arbeit im Hauptfach. Die fachspezifischen Bestimmungen regeln, in welchen Modulen endnotenrelevante studienbegleitende Prüfungen zu erbringen sind.

III. Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungen

§ 17 Erwerb von ECTS-Punkten

(1) Die für die einzelnen Lehrveranstaltungen, Module oder sonstigen Leistungen vorgesehenen ECTS-Punkte werden vergeben, wenn jeweils alle erforderlichen studienbegleitenden Prüfungsleistungen und/oder Studienleistungen erfolgreich erbracht wurden.

(2) Die fachspezifischen Bestimmungen regeln, in welchen Modulen bzw. Lehrveranstaltungen studienbegleitende Prüfungen abzulegen sind. Ist in einer Lehrveranstaltung eine studienbegleitende Prüfung abzulegen, so kann für den Erwerb der dieser Lehrveranstaltung zugeordneten ECTS-Punkte darüber hinaus das Erbringen von Studienleistungen erforderlich sein.

In denjenigen Lehrveranstaltungen, in denen keine studienbegleitende Prüfung abzulegen ist, erfolgt der Erwerb der vorgesehenen ECTS-Punkte durch das Erbringen von Studienleistungen.

(3) Art, Form, Zahl und Umfang der erforderlichen Studien- und/oder Prüfungsleistungen sind so festzulegen, dass der für ihre Erbringung erforderliche Zeitaufwand den der jeweiligen Lehrveranstaltung zugeordneten ECTS-Punkten entspricht.

§ 18 Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungen

(1) Studienleistungen sind individuelle schriftliche, mündliche oder praktische Leistungen, die von einer bzw. einem Studierenden in der Regel im Zusammenhang mit Lehrveranstaltungen erbracht werden.

Die zu erbringenden Studienleistungen werden den Studierenden spätestens mit der Ankündigung der jeweiligen Lehrveranstaltung, die für das Erbringen der Studienleistungen vorgesehenen Termine spätestens mit Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben.

Die erbrachten Studienleistungen sind von dem bzw. der jeweiligen Lehrveranstaltungsleitenden zu bewerten, aber nicht notwendigerweise auch zu benoten.

(2) Studienbegleitende Prüfungen im Sinne dieser Prüfungsordnung sind:

1. Modulabschlussprüfungen, die in einer Prüfung jeweils alle Komponenten eines Moduls abprüfen,
2. Modulteilprüfungen, die sich jeweils auf eine Komponente eines Moduls beziehen.

Die fachspezifischen Bestimmungen legen fest, in welcher Art die Modulteilprüfungen bzw. Modulabschlussprüfungen zu erbringen sind: Mündlich und/oder schriftlich und/oder praktisch. Genaue Form, Zahl und Umfang der zu erbringenden studienbegleitenden Prüfungsleistung/en werden den Studierenden spätestens mit der Ankündigung der jeweiligen Lehrveranstaltung, die Prüfungstermine werden spätestens mit Beginn der Vorlesungszeit bekannt gegeben.

Die studienbegleitenden Prüfungen werden von dem Leiter bzw. der Leiterin der jeweiligen Lehrveranstaltung abgenommen und gemäß § 22 benotet.

(3) Die fachspezifischen Bestimmungen regeln, ob und wenn ja, welche Zulassungsvoraussetzungen für die einzelnen studienbegleitenden Prüfungen bzw. für den Besuch der einzelnen Lehrveranstaltungen nachzuweisen sind.

(4) Sind die für ein Modul erforderlichen studienbegleitenden Prüfungen bzw. Studienleistungen erbracht, können in diesem Modul keine weiteren Prüfungen bzw. Studienleistungen erbracht werden.

(5) Macht eine bzw. ein Studierende/r durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft, dass er bzw. sie wegen länger andauernder oder ständiger gesundheitlicher Beschwerden nicht in der Lage ist, Studienleistungen bzw. studienbegleitende Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form

abzulegen, so gestattet ihr bzw. ihm die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, die Studienleistungen bzw. studienbegleitenden Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Studienleistungen bzw. studienbegleitende Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen.

§ 19 Meldung und Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungen

(1) Für jede studienbegleitende Prüfung muss sich der bzw. die Studierende bis zu einem vom Prüfungsausschuss festgelegten Termin entsprechend den vom Prüfungsausschuss festgelegten Regelungen anmelden.

- (2) Zu einer studienbegleitenden Prüfung kann nur zugelassen werden, wer
1. an der Universität Freiburg im betreffenden Fach des B.A.-Studienganges eingeschrieben ist,
 2. seinen Prüfungsanspruch im betreffenden Fach des B.A.-Studienganges nicht verloren hat,
 3. die B.A.-Prüfung im betreffenden Fach nicht endgültig nicht bestanden hat,
 4. sich im betreffenden Fach nicht in einem laufenden B.A.-Prüfungsverfahren befindet,
 5. die gemäß den fachspezifischen Bestimmungen notwendigen Voraussetzungen erfüllt.

(3) Über die Zulassung zu einer studienbegleitenden Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuss. Wird die Zulassung abgelehnt, erhält der bzw. die Studierende innerhalb von vier Wochen hierüber einen schriftlichen Bescheid, der zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen ist.

Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind,
2. die Unterlagen unvollständig sind und trotz Aufforderung nicht fristgemäß vervollständigt worden sind.

§ 20 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen

(1) Mögliche Formen mündlicher Prüfungsleistungen sind mündliche Prüfungen, Referate oder andere Formen mündlicher Präsentation.

(2) Mündliche Prüfungen werden als Gruppen- oder Einzelprüfung abgelegt. Die Dauer der Prüfung beträgt je Studierender bzw. Studierendem mindestens 10 Minuten, bei Modulteilprüfungen höchstens 20 Minuten, bei Modulabschlussprüfungen höchstens 30 Minuten.

(3) Die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist der bzw. dem Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

§ 21 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen

(1) Mögliche Formen schriftlicher Prüfungsleistungen sind Klausuren, Hausarbeiten, Berichte, Protokolle oder andere Formen schriftlicher Arbeiten.

(2) Die Dauer der Klausuren soll in der Regel mindestens 60 und höchstens 240 Minuten betragen.

(3) Das Verfahren der Bewertung schriftlicher Prüfungsleistungen soll vier Wochen nicht überschreiten; § 25 Abs. 11 Satz 1 bleibt hiervon unberührt.

§ 22 Bewertung der studienbegleitenden Prüfungen

Jede Modulteilprüfung bzw. Modulabschlussprüfung wird mit einer der folgenden Noten bewertet:

1,0/1,3	sehr gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
1,7/2,0/2,3	gut	eine Leistung, die über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
2,7/3,0/3,3	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen genügt
3,7/4,0	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5,0	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

§ 23 Bildung der Modulnoten

(1) Sind in einem endnotenrelevanten Modul alle vorgesehenen ECTS-Punkte erworben, wird für dieses Modul eine Modulnote gebildet.

(2) Ist in einem Modul eine Modulabschlussprüfung oder nur eine Modulteilprüfung abzulegen, so bildet die Note der Modulabschlussprüfung bzw. die Note der Modulteilprüfung die Note für dieses Modul.

(3) Sind in einem Modul mehrere Modulteilprüfungen abzulegen, so ist die ungewichtet gemittelte Note aller Modulteilprüfungsnoten die Note für dieses Modul, es sei denn, die fachspezifischen Bestimmungen sehen gewichtete Mittel vor. Jede der einzelnen Modulteilprüfungen muss mindestens mit der Note "ausreichend (4,0)" bewertet sein. Bei der Berechnung der Note wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Modulnote lautet:

bei einem Durchschnitt bis 1,5:	sehr gut
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis 2,5:	gut
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis 3,5:	befriedigend
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis 4,0:	ausreichend

(4) Die Modulnoten der endnotenrelevanten Module sind mit ihrem numerischen Wert gemäß Absatz 3 Satz 3 Grundlage für die Berechnung der Gesamtnote der B.A.-Prüfung.

IV. B.A.-Arbeit

§ 24 Meldung und Zulassung zur B.A.-Arbeit

(1) Der schriftliche Antrag auf Zulassung zur B.A.-Arbeit ist unter Beachtung der vom Prüfungsausschuss hierfür festgelegten Termine und Regelungen beim Prüfungsausschuss einzureichen.

(2) Zur B.A.-Arbeit kann nur zugelassen werden, wer

1. an der Universität Freiburg in seinen Fächern im B.A.-Studiengang eingeschrieben ist,
2. den Prüfungsanspruch in seinen Fächern des B.A.-Studienganges nicht verloren hat,
3. die B.A.-Prüfung in seinen Fächern nicht endgültig nicht bestanden hat,
4. sich in seinen Fächern nicht in einem laufenden B.A.-Prüfungsverfahren befindet,
5. die Zwischenprüfung im Hauptfach und im Nebenfach erfolgreich abgelegt hat.

(3) Die Entscheidung über die Zulassung zur B.A.-Arbeit trifft der Prüfungsausschuss. Die Entscheidung ist dem bzw. der Studierenden innerhalb von vier Wochen schriftlich mitzuteilen.

Die Zulassung zur B.A.-Arbeit ist zu versagen, wenn

1. die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind,
2. die Unterlagen unvollständig sind und trotz Aufforderung nicht fristgemäß vervollständigt worden sind.

§ 25 B.A.-Arbeit

(1) Die B.A.-Arbeit ist eine Prüfungsarbeit, in der der bzw. die Studierende zeigen soll, dass er bzw. sie in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Thema aus seinem bzw. ihrem Hauptfach nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Gruppenarbeiten sind zulässig, sofern jeweils der individuelle Beitrag klar abgrenzbar, bewertbar und benotbar ist. Die Anfertigung einer Gruppenarbeit ist dem Prüfungsausschuss mit dem Antrag auf Zulassung zur B.A.-Arbeit bekannt zu geben.

(3) Das Thema der B.A.-Arbeit wird von einer oder einem Prüfungsberechtigten des Hauptfaches gemäß § 5 Abs. 2 gestellt. Mit der Ausgabe des Themas übernimmt der bzw. die jeweilige Prüfungsberechtigte auch die Betreuung der B.A.-Arbeit. Dem bzw. der Studierenden ist Gelegenheit zu geben, für das Thema Vorschläge zu machen.

(4) Das Thema der B.A.-Arbeit wird mit der Zulassung zur B.A.-Arbeit über den Prüfungsausschuss vergeben. Der Zeitpunkt der Ausgabe und das Thema sind aktenkundig zu machen. Die Frist für die Anfertigung der Arbeit beginnt mit der Vergabe des Themas.

(5) Die B.A.-Arbeit hat einen Bearbeitungsumfang von 10 ECTS-Punkten und ist innerhalb von zwei Monaten zu erstellen. Themenstellung und Betreuung sind hierauf abzustellen. Im Einzelfall kann der

Prüfungsausschuss auf begründeten Antrag diese Frist um höchstens zwei Wochen verlängern. Der Antrag muss spätestens zwei Wochen vor Ablauf der Frist beim Prüfungsausschuss eingegangen sein und bedarf der Zustimmung des Betreuers bzw. der Betreuerin der Arbeit. Absatz 7 bleibt von dieser Regelung unberührt.

(6) Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten beiden Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ein neues Thema ist binnen vier Wochen zu stellen und auszugeben.

(7) Erkrankt der bzw. die Studierende während der Bearbeitungszeit der B.A.-Arbeit, wird die Bearbeitungszeit für die Dauer der Erkrankung unterbrochen. Die Erkrankung und die sich aus ihr ergebende Behinderung bei der Anfertigung der B.A.-Arbeit ist durch ein ärztliches Attest nachzuweisen; in Zweifelsfällen kann ein Attest einer vom Prüfungsausschuss benannten Ärztin bzw. eines vom Prüfungsausschuss benannten Arztes verlangt werden.

(8) Sofern die fachspezifischen Bestimmungen nichts anderes festlegen, ist die B.A.-Arbeit in der Regel in deutscher Sprache abzufassen. Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag des bzw. der Studierenden eine andere Sprache zulassen, wenn die Begutachtung sichergestellt ist. Der Antrag ist, zusammen mit einer Stellungnahme des vorgeschlagenen Erstgutachters bzw. der Erstgutachterin, spätestens mit dem Antrag auf Zulassung zur B.A.-Arbeit einzureichen. Ist die Arbeit in einer Fremdsprache verfasst, muss sie als Anhang eine kurze Zusammenfassung in deutscher Sprache enthalten.

(9) Die Arbeit ist fristgerecht in zweifacher Ausfertigung beim Prüfungsausschuss einzureichen. Der Abgabetermin ist aktenkundig zu machen. Wird die Arbeit nicht fristgerecht eingereicht, so gilt sie als mit "nicht ausreichend (5,0)" bewertet, es sei denn, der bzw. die Studierende hat das Fristversäumnis nicht zu vertreten.

(10) Bei der Abgabe der Arbeit hat der bzw. die Studierende schriftlich zu versichern, dass er bzw. sie die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die von ihm bzw. ihr angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat und dass diese noch nicht anderweitig als B.A.-Arbeit oder anderweitige Studienabschlussarbeit eingereicht wurde.

(11) Die Arbeit ist innerhalb von sechs Wochen von zwei Prüfern oder Prüferinnen gemäß § 5 Abs. 2 zu begutachten und gemäß § 22 zu bewerten. Einer bzw. eine der Prüfer/innen ist in der Regel der- bzw. diejenige, der bzw. die das Thema gestellt hat. Der bzw. die zweite Prüfer/in wird im Benehmen mit dem bzw. der Erstprüfer/in vom Prüfungsausschuss bestimmt. Die Note ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der beiden Einzelbewertungen; § 23 Abs. 3 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

V. Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

§ 26 Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

(1) Eine Modulteilprüfung ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note "ausreichend (4,0)" bewertet wurde und wenn in der betreffenden Lehrveranstaltung alle für den Erwerb der vorgesehenen ECTS-Punkte erforderlichen Studienleistungen mit Erfolg erbracht wurden.

(2) Eine Modulabschlussprüfung ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note "ausreichend (4,0)" bewertet wurde und wenn in allen Komponenten des betreffenden Moduls die vorgesehenen ECTS-Punkte erworben wurden.

(3) Die B.A.-Arbeit ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note "ausreichend (4,0)" bewertet wurde.

(4) Ist eine studienbegleitende Prüfung oder die B.A.-Arbeit nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, erteilt der Prüfungsausschuss der bzw. dem Studierenden hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch darüber Auskunft gibt, ob und ggf. in welchem Umfang und innerhalb welcher Frist die Prüfung wiederholt werden kann und ob für die Wiederholungsprüfung eine erneute Anmeldung erforderlich ist. Der Bescheid ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

§ 27 Endgültiges Nichtbestehen

(1) Besteht der bzw. die Studierende eine Wiederholungsprüfung bzw. die zweite Wiederholungsprüfung gemäß § 29 Abs. 6 nicht, so ist diese Prüfung endgültig nicht bestanden.

- (2) Ist eine studienbegleitende Prüfung im Haupt- oder im Nebenfach endgültig nicht bestanden oder gilt sie als endgültig nicht bestanden, so ist die B.A.-Prüfung in diesem Fach endgültig nicht bestanden.
- (3) Ist die B.A.-Arbeit endgültig nicht bestanden, so ist die gesamte B.A.-Prüfung endgültig nicht bestanden.

§ 28 Bestehen der Gesamtprüfung

Die B.A.-Prüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsteile mindestens mit der Note "ausreichend (4,0)" bewertet wurden und wenn alle im Haupt- und im Nebenfach und im Bereich Berufsfeldorientierte Kompetenzen zu belegenden Module erfolgreich abgeschlossen wurden.

VI. Wiederholung nicht bestandener Prüfungen

§ 29 Wiederholung studienbegleitender Prüfungen

(1) Studienbegleitende Prüfungen, die mit "nicht ausreichend (5,0)" bewertet wurden oder als nicht bestanden gelten, können einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist nur in dem in Absatz 6 genannten Fall möglich. Der Prüfungsausschuss legt fest, ob für Wiederholungsprüfungen eine erneute Anmeldung erforderlich ist oder ob die Prüfungsanmeldungen gemäß § 19 Abs. 1 zugleich als bedingte Anmeldung zu den entsprechenden Wiederholungsprüfungen gelten.

(2) Die Wiederholungsprüfung ist - unter Beachtung der in §§ 9 und 13 genannten Orientierungs- und Zwischenprüfungsfristen - in der Regel in dem auf die nicht bestandene Prüfung folgenden Semester, spätestens jedoch in dem darauf folgenden Semester abzulegen und findet in der Regel im Rahmen der für diese Prüfung vorgesehenen regulären Prüfungstermine statt.

Bei Versäumnis der Wiederholungsfrist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die bzw. der Studierende hat das Versäumnis nicht zu vertreten.

(3) Wurde die nicht bestandene Prüfung spätestens sechs Wochen vor Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters erbracht und ist das Bestehen der Wiederholungsprüfung Bedingung für die Zulassung zu einer studienbegleitenden Prüfung des folgenden Semesters oder für den Besuch einer Lehrveranstaltung des folgenden Semesters, ist der bzw. dem Studierenden auf Antrag Gelegenheit zu geben, die Wiederholungsprüfung so rechtzeitig abzulegen, dass er bzw. sie zu dieser Prüfung zugelassen werden kann bzw. die Lehrveranstaltung besuchen kann.

(4) Zwischen Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Erstprüfung und der Wiederholungsprüfung müssen in der Regel mindestens vier Wochen liegen.

(5) Bei einer Wiederholungsprüfung, die nicht im Rahmen der Prüfungstermine des auf die nicht bestandene Prüfung folgenden Semesters abgelegt wird, kann die Art der zu erbringenden Prüfungsleistung von der in den fachspezifischen Bestimmungen festgelegten Prüfungsart abweichen, sofern die fachspezifischen Gegebenheiten dies erfordern. Art und Umfang der in der Wiederholungsprüfung zu erbringenden Prüfungsleistung/en sind der bzw. dem Studierenden in diesem Fall spätestens bei der Vereinbarung des Wiederholungstermins mitzuteilen.

(6) Eine zweite Wiederholung einer nicht bestandenen studienbegleitenden Prüfung ist in jedem Studienfach nur einmal möglich; eine dritte Wiederholung ist ausgeschlossen. Die zweite Wiederholung einer Modulteilprüfung setzt in der Regel eine erneute Teilnahme an der zugehörigen Lehrveranstaltung voraus. Absatz 2 gilt entsprechend.

(7) Die Wiederholung einer bestandenen studienbegleitenden Prüfung ist nicht zulässig.

§ 30 Wiederholung der B.A.-Arbeit

(1) Eine B.A.-Arbeit, die mit "nicht ausreichend (5,0)" bewertet worden ist oder als nicht bestanden gilt, kann einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Der Antrag auf Wiederholung muss spätestens zwei Monate nach Bestandskraft des Prüfungsbescheides eingereicht werden; bei Versäumnis dieser Frist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die bzw. der Studierende hat das Versäumnis nicht zu vertreten. Eine Rückgabe des Themas ist nur dann zulässig, wenn der bzw. die Studierende bei der Anfertigung seiner bzw. ihrer ersten Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(2) Die Wiederholung einer bestandenen B.A.-Arbeit ist nicht zulässig.

VII. Bildung der Noten

§ 31 Bildung der Noten

(1) Ist die B.A.-Prüfung bestanden, so werden eine Hauptfachnote, eine Nebenfachnote und eine B.A.-Gesamtnote gebildet, wobei als Berechnungsgrundlage jeweils die entsprechenden Dezimalnoten anzusetzen sind.

(2) Bildung der Hauptfachnote

Für die Bildung der Hauptfachnote wird zunächst die Note der studienbegleitenden Prüfungen festgestellt: Die gemittelte Dezimalnote der gemäß den fachspezifischen Bestimmungen gewichteten endnotenrelevanten Modulnoten des Hauptfaches bildet die Note der studienbegleitenden Hauptfach-Prüfungen.

Die gemittelte Dezimalnote der 4-fach gewichteten Note der studienbegleitenden Prüfungen und der 1-fach gewichteten Note der B.A.-Arbeit bildet die Hauptfachnote.

§ 23 Abs. 3 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(3) Bildung der Nebenfachnote

Die gemittelte Dezimalnote der gemäß den fachspezifischen Bestimmungen gewichteten endnotenrelevanten Modulnoten des Nebenfaches bildet die Nebenfachnote.

§ 23 Abs. 3 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(4) Bildung der Gesamtnote der B.A.-Prüfung:

Die gemittelte Dezimalnote der 4-fach gewichteten Hauptfachnote und der 1-fach gewichteten Nebenfachnote bildet die B.A.-Gesamtnote.

§ 23 Abs. 3 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

VIII. Prüfungszeugnis, Urkunde, Bescheinigung

§ 32 Zeugnis und weitere Nachweise

(1) Aufgrund der bestandenen B.A.-Prüfung erhält der Absolvent bzw. die Absolventin, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungs- bzw. Studienleistung, ein Zeugnis, das die Gesamtnote der B.A.-Prüfung (Verbal- und Dezimalnote) sowie die Hauptfach- und die Nebenfachnote (Verbal- und Dezimalnote) ausweist.

Das Zeugnis trägt das Datum der letzten Prüfungs- bzw. Studienleistung und wird von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.

(2) Dem B.A.-Zeugnis wird ein Diploma Supplement und eine Leistungsübersicht (Transcript of Records) beigelegt.

Die Leistungsübersicht enthält die folgenden Angaben:

- die im Laufe des B.A.-Studiums belegten Module und ihre Komponenten im Hauptfach, im Nebenfach und im Bereich Berufsfeldorientierte Kompetenzen,
- die endnotenrelevanten Modulnoten,
- Thema und Note der B.A.-Arbeit,
- die Gesamtzahl der erworbenen ECTS-Punkte.

Alle Notenangaben erfolgen in Form von Dezimalnoten.

§ 33 Urkunde

(1) Aufgrund der bestandenen B.A.-Prüfung erhält der Absolvent bzw. die Absolventin eine Urkunde, die die Verleihung des akademischen Grades beurkundet. Die Urkunde wird von dem bzw. der Vorsitzenden der Gemeinsamen Kommission unterzeichnet. Die Urkunde trägt das Datum des Zeugnisses und ist mit dem Siegel der Gemeinsamen Kommission zu versehen.

(2) Der akademische Grad darf erst nach der Aushändigung der Urkunde geführt werden.

§ 34 Bescheinigung bei Nichtbestehen der Gesamtprüfung

(1) Studierende, die die B.A.-Prüfung endgültig nicht bestanden haben, erhalten hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen ist.

(2) Hat der bzw. die Studierende die B.A.-Prüfung endgültig nicht bestanden, so wird ihm bzw. ihr auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die bestandenen Prüfungen und ggf. Studienleistungen enthält und erkennen lässt, dass die B.A.-Prüfung endgültig nicht bestanden ist.

IX. Schlussbestimmungen

§ 35 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als "nicht ausreichend (5,0)" bewertet, wenn der bzw. die Studierende einen Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder wenn er bzw. sie nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbracht wird, es sei denn, der bzw. die Studierende hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(2) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des bzw. der Studierenden bzw. eines von ihm bzw. ihr allein zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes und in Zweifelsfällen ein Attest einer vom Prüfungsausschuss benannten Ärztin bzw. eines vom Prüfungsausschuss benannten Arztes verlangt werden. Wird der Grund anerkannt, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht die bzw. der Studierende, das Ergebnis ihrer bzw. seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend (5,0)" bewertet.

(4) Ein Studierender bzw. eine Studierende, der bzw. die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem bzw. der jeweiligen Prüfer/in oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend (5,0)" bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Studierenden bzw. die Studierende von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(5) Der bzw. die Studierende kann innerhalb einer Frist von vier Wochen verlangen, dass Entscheidungen gemäß Absatz 3 und Absatz 4 Satz 1 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem bzw. der Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Sie sind zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen. Dem bzw. der Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

§ 36 Schutzbestimmungen

(1) Auf Antrag einer Studierenden sind die Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils gültigen Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (MuSchG) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Prüfungsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.

(2) Die Fristen des Erziehungsurlaubs sind nach Maßgabe des jeweils gültigen Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (BErzGG) auf Antrag zu berücksichtigen. Die oder der Studierende muss bis spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab sie bzw. er den Erziehungsurlaub antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie bzw. er Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen will. Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Erziehungsurlaub nach BErzGG auslösen würden, und teilt der bzw. dem Studierenden das Ergebnis sowie ggf. die neu festgesetzten Prüfungsfristen unverzüglich mit. Die Bearbeitungsfrist der B.A.-Arbeit kann nicht durch Erziehungsurlaub unterbrochen werden. Die gestellte Arbeit gilt als nicht vergeben. Nach Ablauf des Erziehungsurlaubs erhält die bzw. der Studierende ein neues Thema.

(3) Studierende, die mit einem Kind unter drei Jahren, für das ihnen die Personensorge zusteht, im selben Haushalt leben und es überwiegend allein versorgen, sind berechtigt, die Orientierungsprüfung und die Zwischenprüfung nach Ablauf der in dieser Prüfungsordnung hierfür vorgesehenen Fristen abzulegen. Fristen für Wiederholungs- und Orientierungsprüfungen können nur um bis zu zwei Semester verlängert werden. Die Berechtigung erlischt mit dem Ablauf des Semesters, in dem die in Satz 1 genannten Voraussetzungen entfallen; die Frist für das Erlöschen des Prüfungsanspruchs gemäß § 34 Abs. 2 LHG beginnt mit dem Erlöschen der Berechtigung. Im Übrigen erlischt die Berechtigung spätestens mit Ablauf

des Semesters, in dem das Kind sein 3. Lebensjahr vollendet hat. Die bzw. der Studierende hat die entsprechenden Nachweise zu führen und Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich dem Prüfungsausschuss mitzuteilen.

(4) Studierende, die ohne studierunfähig zu sein, wegen länger andauernder Krankheit oder wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage sind, die Lehrveranstaltungen regelmäßig zu besuchen oder die erwarteten Studien- bzw. Prüfungsleistungen zu erbringen, sind berechtigt, die Orientierungsprüfung und die Zwischenprüfung nach Ablauf der in dieser Prüfungsordnung hierfür vorgesehenen Fristen abzulegen. Fristen für Wiederholungs- und Orientierungsprüfungen können nur um bis zu zwei Semester verlängert werden. Im Übrigen beträgt die Verlängerungsfrist höchstens drei Jahre. Die bzw. der Studierende hat zur Wahrnehmung ihrer bzw. seiner Rechte einen Antrag beim Prüfungsausschuss einzureichen. Hierbei ist anzugeben, für welchen Zeitraum eine Verlängerung der Fristen beantragt wird. Dem Antrag sind entsprechende Nachweise, insbesondere ärztliche Atteste, beizulegen. In Zweifelsfällen kann die Universität die Vorlage eines Attestes eines von ihr benannten Arztes bzw. einer von ihr benannten Ärztin verlangen. Der bzw. die Studierende ist verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen. Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die vorstehend genannten Voraussetzungen vorliegen und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen der bzw. dem Studierenden unverzüglich mit.

§ 37 Ungültigkeit der B.A.-Prüfung

(1) Hat der bzw. die Studierende bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so können die Noten der Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der bzw. die Studierende getäuscht hat, berichtigt werden. Gegebenenfalls kann die Prüfungsleistung für "nicht ausreichend (5,0)" und die B.A.-Prüfung für nicht bestanden erklärt werden.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der bzw. die Studierende darüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der bzw. die Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Prüfungsleistung für "nicht ausreichend (5,0)" und die B.A.-Prüfung für nicht bestanden erklärt werden.

(3) Dem bzw. der Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Zeugnis ist zu entziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die B.A.-Urkunde einzuziehen, wenn die B.A.-Prüfung aufgrund einer Täuschung für nicht bestanden erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

(5) Die Entziehung des akademischen Grades richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 38 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss der B.A.-Prüfung wird der Absolventin bzw. dem Absolventen auf Antrag innerhalb eines Jahres Einsicht in seine bzw. ihre B.A.-Arbeit und die darauf bezogenen Gutachten gewährt. Der Prüfungsausschuss bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(2) Für die Einsichtnahme in studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen bzw. in Prüfungsprotokolle zu studienbegleitenden mündlichen Prüfungsleistungen gilt in der Regel eine Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

(3) Der Prüfungsausschuss bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 39 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

(1) Diese Prüfungsordnung mit den Anlagen A, B, C und D tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2005 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung für den Studiengang Bakkalaureus Artium/Bachelor of Arts (B.A.) der Philosophischen Fakultäten vom 16. November 2001 (Amtliche Bekanntmachungen Jahrgang 32, Nr. 52, Seiten 303 - 335 vom 23. November 2001), zuletzt geändert am 5. August 2005 (Amtliche Bekanntmachungen Jahrgang 36, Nr. 38, Seiten 215 - 243 vom 10. August 2005), außer Kraft.

(2) Studierende, die ihr B.A.-Studium vor dem 1. Oktober 2005 aufgenommen haben, schließen das Studium nach den Bestimmungen der Prüfungsordnung für den Studiengang Bakkalaureus Artium/Bachelor of Arts (B.A.) der Philosophischen Fakultäten vom 16. November 2001, zuletzt geändert am

Nichtamtliche Lesefassung des JSL

5. August 2005, ab. Hiervon abweichend finden die §§ 2, 4, 10, 14, 29, 32 und 33 der vorliegenden Prüfungsordnung auch für diese Studierenden Anwendung.

(3) Für Studierende, die ihr B.A.-Studium vor dem 1. Oktober 2005 aufgenommen haben, jedoch zum Wintersemester 2005/2006 ein neues B.A.-Hauptfach wählen, gilt hinsichtlich der Allgemeinen Bestimmungen und der fachspezifischen Bestimmungen für das Hauptfach die vorliegende Prüfungsordnung. Für das Nebenfach gelten die fachspezifischen Bestimmungen der Prüfungsordnung für den Studiengang Bakkalaureus Artium/Bachelor of Arts (B.A.) der Philosophischen Fakultäten vom 16. November 2001, zuletzt geändert am 5. August 2005.

(4) Für Studierende, die ihr B.A.-Studium vor dem 1. Oktober 2005 aufgenommen haben, jedoch zum Wintersemester 2005/2006 ein neues B.A.-Nebenfach wählen, gelten für dieses Nebenfach die fachspezifischen Bestimmungen der vorliegenden Prüfungsordnung. Hinsichtlich der Allgemeinen Bestimmungen und der fachspezifischen Bestimmungen für das Hauptfach finden die Bestimmungen der Prüfungsordnung für den Studiengang Bakkalaureus Artium/Bachelor of Arts (B.A.) der Philosophischen Fakultäten vom 16. November 2001, zuletzt geändert am 5. August 2005, weiterhin Anwendung; Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(5) Für Studierende, die ihr B.A.-Studium vor dem 1. Oktober 2005 aufgenommen haben, jedoch zum Wintersemester 2005/2006 ein neues B.A.-Haupt- und Nebenfach wählen, gilt hinsichtlich der Allgemeinen Bestimmungen und der fachspezifischen Bestimmungen die vorliegende Prüfungsordnung.